

Tagesordnung

133. Sitzung
des Landtags Nordrhein-Westfalen
am Mittwoch, 25. Januar 2017
vormittags: 10.00 Uhr

Mittwoch, 25. Januar 2017

Vor Eintritt in die Tagesordnung

V e r p f l i c h t u n g

eines Abgeordneten
gemäß § 2 Absatz 2 GO

- 1. Vereidigung eines neuen Mitglieds
des Verfassungsgerichtshofs für das
Land Nordrhein-Westfalen**
- 2. Entscheidung über den Einspruch ge-
gen die Wahl der Mitglieder der
16. Bundesversammlung durch den
Landtag Nordrhein-Westfalen**

Beratungsverfahren

ohne Debatte

Unterrichtung
durch die Präsidentin
des Landtags
Drucksache 16/14021

3. Anschlag vom 19. Dezember 2016 in Berlin und seine Folgen

Unterrichtung
durch die Landesregierung

in Verbindung damit

Einbringung
Landesregierung 20 Minuten

Aussprache
SPD 20 Minuten
CDU 20 Minuten
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN 16 Minuten
FDP 16 Minuten
PIRATEN 16 Minuten

Landesregierung 20 Minuten

Mangelnde Einsicht von Innenminister Jäger in eigenes Fehlverhalten verhindert systematische Aufklärung im Fall Amri

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/14068

in Verbindung damit

Nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz: Menschen in Not helfen, offene Gesellschaft verteidigen, IS-Terrorismus entschlossen bekämpfen!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/14014

direkte Abstimmung

12.30 Uhr

4. Nordrhein-Westfalen für Steuergerechtigkeit!
Steuerkriminalität bekämpfen – Steuergerechtigkeit herstellen – gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13997

Beratungsverfahren

Block I

Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss; die abschließende Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen.

13.00 Uhr

5. Landesregierung muss endlich zumindest die Eckpunkte für eine Kibiz-Reform vorlegen!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/14009

Beratungsverfahren

Block I

direkte Abstimmung

13.30 Uhr

6. Flächendeckend Mängelmelder für ortsbezogene Hinweise einrichten

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/14001

Beratungsverfahren

Block I

direkte Abstimmung

14.00 Uhr

7. Abschlussbericht der Enquetekommission zur „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“ (Enquetekommission V)

Abschlussbericht
der Enquetekommission V
gemäß § 61 Absatz 3
der Geschäftsordnung
Drucksache 16/14000

zu dem Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 16/7399 (Neudruck)

Beratungsverfahren

mündliche Berichterstattung durch die Vorsitzende

20 Minuten

Aussprache

Block II

15.30 Uhr

8. Dank an die Kölner Polizei und alle Polizistinnen und Polizisten im Silvester-Einsatz!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13944

Beratungsverfahren

Block I

direkte Abstimmung

in Verbindung damit

**Friedlicher Jahreswechsel
2016/2017 – unser Dank gilt den Ein-
satzkräften**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Drucksache 16/13998

direkte Abstimmung

16.00 Uhr

**9. Effizienzgewinne, Kraftstofferspar-
nisse und positive Umweltauswirkun-
gen – Lang-Lkw auf geeigneten Stre-
cken auch in Nordrhein-Westfalen zu-
lassen**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/14012

Beratungsverfahren

Block I

Überweisung an den Ausschuss für
Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und
Verkehr; die abschließende Abstim-
mung soll dort in öffentlicher Sitzung er-
folgen.

16.30 Uhr

**10. Anlasslose Vorratsdatenspeicherung
verstößt gegen Charta der Grund-
rechte der Europäischen Union - Jetzt
Moratorium für Umsetzung in
Deutschland einrichten**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/14004

Beratungsverfahren

Block I

direkte Abstimmung

17.00 Uhr

11. Fragestunde

Mündliche Anfragen
Drucksache 16/14022

dabei:

**Würgt ausgerechnet die Lan-
desregierung einen wichtigen
Motor für den Wirtschaftsstand-
ort Nordrhein-Westfalen ab?**

Kleine Anfrage 5303
des Abgeordneten
Matthias Kerkhoff (CDU)
Drucksache 16/13342

18.00 Uhr

12. Nordrhein-Westfalen in Europa: Benelux-Zusammenarbeit ausbauen, Europas Chancen nutzen und die europäische Einigung voranbringen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/14013

Beratungsverfahren

Block I

direkte Abstimmung

18.30 Uhr

13. Abschiebestopp sofort: Afghanistan ist nicht sicher!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/13681

Beratungsverfahren

Block I

direkte Abstimmung

19.00 Uhr

14. Gesetz zur Ratifizierung des Staatsvertrags über die gemeinsame Einrichtung für Hochschulzulassung vom 21. März 2016, zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung einer Stiftung „Stiftung für Hochschulzulassung“ und zur Änderung des Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Nordrhein-Westfalen (Hochschulzulassungsstaatsvertragsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/13377

Beschlussempfehlung
und Bericht
des Ausschusses für Innovation,
Wissenschaft und Forschung
Drucksache 16/14024

Beratungsverfahren

Block I

2. Lesung

19.30 Uhr

15. Entwurf einer Vierten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen und nach § 92 SGB XI

Entwurf
der Landesregierung
Vorlage 16/4576

Beschlussempfehlung
und Bericht
des Ausschusses für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
Drucksache 16/14025

Beratungsverfahren

Block I

20.00 Uhr

16. Gesetz zur Änderung des Landes-Hafenentsorgungsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/13794

1. Lesung

Beratungsverfahren

Einbringung

Landesregierung 5 Minuten

Überweisung an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - federführend -, an den Ausschuss für Kommunalpolitik, an den Innenausschuss sowie an den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr

20.05 Uhr

17. Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hilfen für Blinde und Gehörlose

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/13989

1. Lesung

Beratungsverfahren

Einbringung

Landesregierung 5 Minuten

Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

20.10 Uhr

18. Zwanzigster Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung
zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2
der Landesverfassung
Drucksache 16/13947

Beratungsverfahren

Einbringung

Landesregierung 5 Minuten

Überweisung an den Hauptausschuss
- federführend - sowie an den Ausschuss für Kultur und Medien

20.15 Uhr

19. Organstreitverfahren der Partei Volksabstimmung, Landesverband Nordrhein-Westfalen gegen den Landtag Nordrhein-Westfalen, gegen die SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, die Landtagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Nordrhein-Westfalen, die CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen wegen Verfassungswidrigkeit der Einführung einer 2,5-vom-Hundert-Sperrklausel für die Wahlen der Räte in den Gemeinden, der Bezirksvertretungen, der Kreistage und der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr durch das Kommunalvertretungsstärkungsgesetz

VerfGH 13/16
Vorlage 16/4606

Beschlussempfehlung
des Rechtsausschusses
Drucksache 16/14026

Beratungsverfahren

ohne Debatte

20. Organstreitverfahren der Sauerländer Bürgerliste e.V. gegen den Landtag Nordrhein-Westfalen wegen Verletzung des Rechts auf Chancengleichheit als politische Partei und auf Gleichheit der Wahl durch Einführung einer 2,5-vom-Hundert-Sperrklausel für die Wahlen der Räte in den Gemeinden, der Bezirksvertretungen, der Kreistage und der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr durch das Kommunalvertretungsstärkungsgesetz

VerfGH 14/16
Vorlage 16/4592

Beschlussempfehlung
des Rechtsausschusses
Drucksache 16/14027

Beratungsverfahren

ohne Debatte

21. Organstreitverfahren der Partei DIE LINKE, Landesverband Nordrhein-Westfalen gegen den Landtag Nordrhein-Westfalen wegen Verletzung des Rechts auf Chancengleichheit als politische Partei und auf Gleichheit der Wahl durch Einführung einer 2,5-vom-Hundert-Sperrklausel für die Wahlen der Räte in den Gemeinden, der Bezirksvertretungen, der Kreistage und der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr durch das Kommunalvertretungsstärkungsgesetz

VerfGH 15/16
Vorlage 16/4591

Beschlussempfehlung
des Rechtsausschusses
Drucksache 16/14028

Beratungsverfahren

ohne Debatte

22. Organstreitverfahren der Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative, Landesverband Nordrhein-Westfalen (PARTEI NRW) gegen den Landtag Nordrhein-Westfalen wegen Verletzung des Rechts auf Chancengleichheit als politische Partei und auf Gleichheit der Wahl durch Einführung einer 2,5-vom-Hundert-Sperrklausel für die Wahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten sowie den Kreistagen

VerfGH 16/16
Vorlage 16/4607

Beschlussempfehlung
des Rechtsausschusses
Drucksache 16/14029

Beratungsverfahren

ohne Debatte

23. Organstreitverfahren der Ökologischen-Demokratischen-Partei (ÖDP), Landesverband Nordrhein-Westfalen und der Partei Mensch-Umwelt-Tierschutz (Tierschutzpartei), Landesverband Nordrhein-Westfalen, gegen den Landtag Nordrhein-Westfalen wegen Verletzung des Rechts auf Chancengleichheit als politische Partei und auf Gleichheit der Wahl durch Einführung einer 2,5-vom-Hundert-Sperrklausel für die Wahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten sowie den Kreistagen

VerfGH 17/16
Vorlage 16/4612

Beschlussempfehlung
des Rechtsausschusses
Drucksache 16/14030

Beratungsverfahren

ohne Debatte

24. Organstreitverfahren der Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen (PRO NRW) gegen den Landtag Nordrhein-Westfalen wegen Verletzung des Rechts auf Chancengleichheit als politische Partei und auf Gleichheit der Wahl durch Einführung einer 2,5-vom-Hundert-Sperrklausel für die Wahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten sowie den Kreistagen

VerfGH 18/16
Vorlage 16/4611

Beschlussempfehlung
des Rechtsausschusses
Drucksache 16/14031

Beratungsverfahren

ohne Debatte

25. Verfahren über die Verfassungsschwerde

1. der Bundesstadt Bonn, vertreten durch den Oberbürgermeister, Berliner Platz 2, 53111 Bonn,
 2. der Gemeinde Much, vertreten durch den Bürgermeister, Hauptstraße 57, 53804 Much,
 3. der Stadt Velbert, vertreten durch den Bürgermeister, Thomasstr. 7, 42551 Velbert,
- vertreten durch Bevollmächtigte: Redeker, Sellner, Dahs, Rechtsanwälte Partnerschaftsgesellschaft mbB, Willy-Brandt-Allee 11, 53113 Bonn
wegen Verletzung der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie durch § 27 Abs. 3 Satz 1 i.V.m. Anlage 3 des GFG 2016

VerfGH 20/16
Vorlage 16/4618

Beschlussempfehlung
des Rechtsausschusses
Drucksache 16/14032

Beratungsverfahren

ohne Debatte

26. Organstreitverfahren der Partei Freie Bürger-Initiative/Freie Wähler gegen den Landtag Nordrhein-Westfalen wegen Verletzung des Rechts auf Chancengleichheit als politische Partei und auf Gleichheit der Wahl durch Einführung einer 2,5-vom-Hundert-Sperrklausel für die Wahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten sowie den Kreistagen

VerfGH 21/16
Vorlage 16/4627

Beschlussempfehlung
des Rechtsausschusses
Drucksache 16/14033

Beratungsverfahren

ohne Debatte

27. Verfassungsbeschwerde des Herrn W., vertreten durch die Scheunemann Schneider Rechtsanwälte PartGmbH, Landsberger Straße 480, 81241 München, gegen

- a) den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 7. Oktober 2015 - BVerwG 6 C 39.15 (6 C 35.14) -,
- b) das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 29. Juli 2015 - BVerwG 6 C 35.14 -

1 BvR 2579/15
Vorlage 16/4621

Beschlussempfehlung
des Rechtsausschusses
Drucksache 16/14034

Beratungsverfahren

ohne Debatte

28. Wahl eines ordentlichen Mitglieds des Kontrollgremiums nach § 23 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen

Wahlvorschlag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/14035

Beratungsverfahren

ohne Debatte

29. Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 3. Quartal des Haushaltsjahres 2016

Beratungsverfahren

ohne Debatte

Antrag
des Finanzministeriums
gemäß Artikel 85 Absatz 2 LV
Vorlage 16/4447

Beschlussempfehlung
und Bericht
des Haushalts- und
Finanzausschusses
Drucksache 16/13709

30. In den Ausschüssen erledigte Anträge

Beratungsverfahren

**hier: Übersicht 49
gem. § 82 Abs. 2 GO**

ohne Debatte

Drucksache 16/14036

Abstimmungsergebnisse
der Ausschüsse

16/5476	AIWF
16/6130	AKM
16/14019 (EA)	AKM
16/11307	IA
16/11696	AFKJ
16/13915 (ÄA)	AFKJ
16/12116	AFKJ
16/12341	IA
16/12347	ASchW
16/12352	ASchW
16/13021 (Neudruck)	ABWSV
16/13528	AKo
16/13656 (EA)	AKo

31. Beschlüsse zu Petitionen

Beratungsverfahren

Übersicht 16/51

ohne Debatte

Ende: 20.15 Uhr

Carina Gödecke
- Präsidentin -

Die Empfehlungen des Ältestenrates (Redezeiten und Überweisungen) sind neben jedem Tagesordnungspunkt vermerkt.